

## SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

- vorab per E-Mail: info@politikerbefragung.de -

Volker Norbisrath Abteilungsleiter Abteilung II / Politik Tel.: 030 25991-445

Mail: wps@spd.de

Berlin, 28. August 2017

## Wahlprüfsteine 2017 / WPS 463 / Ihre E-Mail vom 7. August 2017

Sehr geehrte Frau Hübner, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 7. August 2017.

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust. Daraus erwächst eine besondere Beziehung und Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel und den Juden in aller Welt. Es gilt, die Erinnerung an den Holocaust zu bewahren und eingedenk dessen die Zukunft zu gestalten. Die Außenpolitik Deutschlands, die in den beiden letzten Jahrzehnten maßgeblich von sozialdemokratischer Seite mitgestaltet wurde, steht im Bewusstsein dieser historischen Verantwortung und prägt das deutsch-israelische Verhältnis.

Mit der Einrichtung der jährlich stattfindenden Regierungskonsultationen beider Staaten im Jahr 2008 unter der damaligen CDU/CSU-SPD-Koalition wurde ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufgeschlagen. Im Februar 2016 sind die Kabinette beider Länder bereits zum sechsten Mal zusammengekommen. Darüber hinaus zeugen zahlreiche offizielle Besuche in beide Richtungen von der Intensität und Vielfalt der Beziehungen. 2015 begingen Deutschland und Israel das 50jährige Jubiläum ihrer Beziehungen mit einer Vielzahl von politischen und kulturellen Veranstaltungen in beiden Ländern.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 haben sich die deutschisraelischen Beziehungen sowohl auf offizieller Ebene als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich kontinuierlich intensiviert und vertieft. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind heute eng und freundschaftlich.

Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland fördert als aktiver Partner in der EU die Friedensbemühungen im Nahen Osten. In den Vereinten Nationen setzt sich Deutschland für einen fairen Umgang mit den Konfliktparteien im Nahen Osten ein. In der EU unterstützt Deutschland die Einbindung Israels im Rahmen der Assoziationspolitik. In internationalen Gremien bekämpft Deutschland alle Formen des Antisemitismus, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit.

Auch wegen unserer Geschichte und der besonderen Verantwortung für das Existenzrecht Israels engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Angesichts der anhaltenden Instabilität in der Region werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen.

Es ist langjährige Position der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, keine Änderungen an den Grenzen von vor 1967 anzuerkennen, die nicht zwischen den Konfliktparteien vereinbart worden sind. Israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten sind auch aus unserer Sicht völkerrechtswidrig und stellen daher ein Hindernis für den Frieden und eine Gefahr für die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung dar.

Seit vielen Jahrzehnten engagiert sich die SPD für einen Friedensprozess im Nahen Osten und hält dabei Kontakt zu beiden Konfliktseiten. Stets wurden und werden Projekte auf palästinensischer wie auf israelischer Seite unterstützt. Die Kräfte auf beiden Seiten, die ein Interesse an einem Aussöhnungsprozess haben, sind bedauerlicherweise ins Hintertreffen geraten. Nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung kann die legitimen Forderungen beider Seiten erfüllen und den israelisch-palästinensischen Konflikt überwinden helfen. Deshalb setzen wir uns für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt.

Deutschland fördert seit vielen Jahren jüdisches Leben in unserem Land und darüber hinaus. Erfreulicherweise hat es bei uns in den letzten Jahrzehnten eine Renaissance jüdischen Lebens gegeben. Immer mehr junge Israelis besuchen Deutschland als Touristen, zum Studium oder um hier zu arbeiten und zu leben. Privat oder durch Begegnungsprogramme kommen sie nach Deutschland, um sich ein eigenes Bild nicht nur von Deutschlands Umgang mit der Shoah, sondern auch von der deutschen Gegenwart und dem heutigen jüdischen Leben in Deutschland zu machen. Die Pflege enger Kontakte zu jüdischen Organisationen in der ganzen Welt ist wichtiger Bestandteil deutscher Außenpolitik.

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind auch darüber hinaus sehr vielfältig und eng. Es gibt eine breite Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und Technologie. Enge Kontakte bestehen zwischen den reichhaltigen Kulturszenen in Deutschland und in Israel. Zahlreiche Austauschprogramme und eine Vielzahl von Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und Bildungseinrichtungen gehören ebenfalls dazu.

Unter der Leitung des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier hat das Auswärtige Amt den besonderen Stellenwert der Beziehungen zu den jüdischen Organisationen durch die Benennung einer Sonderbeauftragten im Jahr 2006 unterstrichen. Als Ansprechpartnerin für jüdische Organisationen, die vor allem auf außenpolitischem Gebiet aktiv sind, als Ansprechpartnerin für ausländische Organisationen zu Fragen der Holocaust-Erinnerung und zur Förderung von Maßnahmen, um Antisemitismus überall wirksam zu bekämpfen. Besonderes Augenmerk wird bei der Arbeit auf die junge Generation gelegt.

Es ist für uns ein wichtiges Anliegen, das Wissen um und die Erinnerung an den Holocaust zu bewahren und daraus Lehren für zukünftige Generationen zu ziehen. Wir sehen uns aufgrund unserer Geschichte in besonderer Weise verpflichtet, allen antisemitischen Tendenzen im Ansatz entgegenzutreten. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist daher nicht nur eine innenpolitische Aufgabe, sondern sie spielt auch in außenpolitischen Diskussionen eine Rolle. Bei der wirksamen Bekämpfung von Antisemitismus ist die frühe Förderung von gesellschaftlichen und politischen Kräften, die sich dem Zusammenhalt der Gesellschaft widmen, wesentlich.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Norbisrath